

Raina Zimmering

Monroe-Doktrin und Ukraine-Krieg Zur Haltung der lateinamerikanischen Staaten

Keywords: Ukraine, war, Latin America, Monroe Doctrine, imperialism, postcolonialism, Russia, China, Pink Wave, sanctions

Schlagwörter: Ukraine, Krieg, Lateinamerika, Monroe-Doktrin, Imperialismus, Postkolonialismus, Russland, China, Rosa Welle, Sanktionen

Die lateinamerikanischen Staaten haben bisher im Ukraine-Krieg eine weitgehend übereinstimmende Position vertreten. Ziel dieses Beitrags ist es, zu zeigen, dass diese Position als Reaktion auf die Monroe-Doktrin der USA, als neuer Antiimperialismus und als Streben nach eigener globaler Gestaltungsmacht in den internationalen Beziehungen im Sinne eines „Active Non-Alignment“ (Aguirre 2023) und einer „kollektiven Hegemonie“ (Ferguson 2022) verstanden werden kann. Die Monroe-Doktrin stellt für die lateinamerikanischen Staaten ein tradiertes Trauma dar, das ihre Haltung zum Ukraine-Krieg, bei dem sie sich sowohl von Russland als auch von den westlichen Staaten abgrenzen, tiefgehend beeinflusst. Einerseits stehen alle lateinamerikanischen Staaten der kriegerischen Intervention Russlands in der Ukraine kritisch gegenüber, andererseits vertreten sie in der Frage der Sanktionen, der Verursacher- und Schuldfrage und der Beendigungsszenarien des Krieges eigenständige, vom „Westen“ divergierende Positionen. Im folgenden Artikel möchte ich die Frage aufgreifen, wie die Erfahrungen Lateinamerikas mit der Monroe-Doktrin, auf deren Grundlage die staatliche Souveränität und Integrität der lateinamerikanischen Länder durch die USA mehrfach verletzt wurde, das gegenwärtige außenpolitische Handeln in Lateinamerika beeinflusst. Ich stütze mich dabei auf folgende Punkte: die Bedeutung der Monroe-Doktrin der USA für Lateinamerika, die historische Entwicklung der Monroe-Doktrin im Zusammenhang mit dem lateinamerikanischen und Weltkontext, die Position der lateinamerikanischen Staaten im Spannungsverhältnis der Globalmächte, die Auswirkungen auf die Haltung Lateinamerikas zum Ukraine-Krieg und die Entstehung eines globalpolitischen Gewichts Lateinamerikas im internationalen System. Theoretisch

knüpfe ich an imperialismustheoretische Ansätze an und versuche die Frage zu beantworten, in welchem Verhältnis Imperialismus und Hegemonie einerseits und Unabhängigkeits- und Gestaltungswillen in Lateinamerika andererseits zueinander stehen und worin sie sich manifestieren. Ich betrachte Lateinamerika meistens, aber nicht immer, als Einheit, da sich die Positionen der Mehrheit der Regierungen in der behandelten Fragestellung überwiegend decken. Außerdem ist Regierungshandeln Gegenstand meiner Untersuchung; Recherchen zu den Positionen von sozialen Bewegungen, Parteien, Gewerkschaften, Unternehmen und der Zivilgesellschaft waren mir leider nicht möglich.

Die Bedeutung der Monroe-Doktrin

US-Präsident James Monroe hielt 1823 eine Rede an die Nation, in der er die Grundzüge der Außenpolitik der jungen USA vorstellte. Monroe forderte in Reaktion auf europäische Interventionen in Amerika ein Ende der kolonialen und neokolonialen Ambitionen gegenüber dem Kontinent und eine Politik der Nichteinmischung außeramerikanischer Mächte. Falls die proklamierten Grundsätze verletzt werden sollten, drohte Monroe mit einem Eingreifen der USA. Der „Zwei-Sphären-Ansatz“ (Europa gegen Amerika, „Alte“ gegen „Neue Welt“) prägte die Formel „Amerika den Amerikanern“ (May 1992). Obwohl die Monroe-Doktrin Teil der US-amerikanischen Außenpolitik war, agierte sie im Namen des gesamten amerikanischen Kontinents, d.h. im Namen anderer souveräner Staaten, die 1821 mehrheitlich ihre Unabhängigkeit erlangten. In der Literatur gelegentlich als antikoloniale Schutz- oder sogar Solidaritätspolitik (Krämer & Kuhn 2006) gegen Großbritannien, Frankreich, die Niederlande, Österreich und Spanien betrachtet, trägt die Doktrin doch von Beginn an imperiale Züge. Dies wurde in den sich herausbildenden lateinamerikanischen Staaten als neue Gefahr aus dem Norden aufgefasst, was in der dem mexikanischen Präsidenten Porfirio Díaz zugeschriebenen Bemerkung: „Armes Mexiko! So fern von Gott und so nah an den Vereinigten Staaten!“ (zit. n. Hahn 2009) zum Ausdruck kam. Trotz ihres anfangs eher defensiven, antikolonialen Charakters (Lozancic 2012) wurde die Doktrin im Laufe der Zeit zur Grundlage einer expansiven, interventionistischen außenpolitischen Strategie der USA.

1904 verkündete Präsident Theodore Roosevelt (1901-1909) den alleinigen Anspruch der USA auf Intervention in inneramerikanischen Angelegenheiten (Roosevelt Corollary) (Maass 2009: 383-402) und begründete so die US-amerikanischen Interventionen in Nicaragua, Kuba, Haiti und der Dominikanischen Republik. Im Roosevelt Corollary heißt es: